Anlage 2 zur GRDrs 707/2021

**Stellenschaffung**

**zum Stellenplan 2022**

| Org.-Einheit,Kostenstelle | Amt | BesGr.oderEG | Funktions-bezeichnung | AnzahlderStellen | Stellen-vermerk | durchschnittl.jährl. kosten-wirksamer Aufwand in Euro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 62-3.46230 6340 | Stadtmessungsamt | EG 9a | Sachbearbeiter/-in Beiträge | 0,5 | KW 01/2024 | 31.450 |

# 1 Antrag, Stellenausstattung

Geschaffen wird eine 0,5 Stelle Sachbearbeitung Beiträge in EG 9a mit KW-Vermerk 01/24

# 2 Schaffungskriterien

Das Schaffungskriterium der Arbeitsvermehrung konnte nachgewiesen werden.

# 3 Bedarf

## 3.1 Anlass

Im Sachgebiet Beiträge wurden in der Vergangenheit im Rahmen des Projektes „Zukunft 62“ mehrere Stellen zur Streichung vorgesehen und vollzogen, zuletzt 2014 eine Stelle. Die Festsetzung der Personalausstattung orientierte sich im Projekt dabei am Standard zur Haushaltskonsolidierung 1993. Zwischenzeitlich hat die Komplexität deutlich zugenommen, die Bearbeitung eines Falls ist aufwändiger und dauert länger. Gründe sind u. a. das komplexere Planrecht, was umfangreichere Berechnungen zur Folge hat. Auch die Rückfragen, Auskünfte und Widersprüche der Bürgerinnen und Bürger haben zugenommen. Auch die Zahl der Auskünfte, die aus Rechtssicherheitsgründen seit 2018 schriftlich erfolgen und damit mehr Zeit benötigen, hat sich von 2017 bis 2020 erhöht. Der Zusatzaufwand, der durch die schriftliche Auskunftserteilung entsteht, ist vor allem darin begründet, dass für schriftliche Auskünfte Verwaltungsgebühren zu erheben sind, mithin Gebührenbescheide zu erstellen und entsprechende Sollstellungen in SAP zu veranlassen sind. Im Falle von Widersprüchen gegen die beschiedenen Gebühren sind zudem nach rechtlicher Prüfung der Einwände entsprechende Widerspruchsbescheide zu fertigen. Dies hat dazu geführt, dass sich Rückstände angesammelt haben und der Schwerpunkt der Arbeit auf der Vermeidung von Verjährungsfällen und damit von Einnahmeausfällen liegt. Ziel ist eine zeitnahe Abrechnung, wofür die Rückstände auf ein Niveau von etwa 200 Fälle reduziert werden müssten.

## 3.2 Bisherige Aufgabenwahrnehmung

Durch Optimierung der Abläufe und den Einsatz zusätzlichen Personals konnte eine Verjährung in den letzten Jahren vermieden werden. Die zusätzliche Personalkapazität wurde durch temporär freie Stellenanteilen innerhalb der Abteilung seit September 2019 bereitgestellt. Dies ist dauerhaft nicht möglich.

## 3.3 Auswirkungen bei Ablehnung der Stellenschaffungen

Die angefallenen Erschließungs- und Kanalbeitragsfälle können nicht mehr komplett abgearbeitet werden. Durch Verjährungsfälle ergeben sich dadurch Einnahmeausfälle der Stadt.

# 4 Stellenvermerke

KW 01/2024